Windenergie braucht weiterhin Subventionen

Geldverschwendung

Der Berlin-Korrespondent der Nord-West-Zeitung, Gunars Reichenbachs, berichtet unter dem Titel: "Umweltminister Lies sorgt sich um Windenergie" [2] über den weiteren Bau von Windstromanlagen in Niedersachsen. Olaf Lies (SPD) war in der letzten Legislaturperiode Wirtschaftsminister. Die neuen Ausschreibungen für Windstromanlagen bevorzugen Bürgergesellschaften gegenüber Großkonzernen. Die Rechte haben sich weitgehend Planungsbüros als Bürgerprojekt gesichert. Der Ausbau ist fast zum Erliegen gekommen, weil der Preis für den Windstrom aus den neuen Anlagen noch nicht feststeht. Denn Windstrom kann auch nach mehr als 20 Jahren Entwicklung nicht auf dem freien Markt abgesetzt werden. Er ist zu teuer und unzuverlässig. Daher braucht er weiter Subventionen und eine gesicherte Abnahme der stark schwankenden Leistungen.

Fehlende Zusagen zur Subventionierung
Die Rechteinhaber warten ab, ob für die neuen Anlagen ein ausreichender Strompreis gesichert ist. Erst dann werden die Projekte in Angriff genommen. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zwei Jahre und mehr, weil immer häufiger Einsprüche von Anliegern kommen, die keine zerstörte Landschaft vor ihren Häusern haben wollen.

Der von der Politik geplante Ausbau von 2,8 Gigawatt erfordert eine Investition von rund 3 Milliarden Euro. Hersteller und Zulieferer von Windstromanlagen mit Enercon aus Aurich an der Spitze erleben einen kräftigen Einbruch. Daher fordert Niedersachsen von der Bundesregierung ein zusätzliches Ausbaupaket, das den sofortigen weiteren Bau von Windstromanlagen ermöglicht, um Arbeitsplätze zu sichern. Wie die Bürgerproteste gebrochen werden sollen, wird allerdings verschwiegen.

Verlustreiche Umwege
Laut Olaf Lies besteht auch künftig großer Bedarf an Windstrom. Er solle verstärkt zur Wärmeerzeugung und für den Fahrzeugantrieb genutzt werden. Die Zukunft gehöre der Technologie, mit Windstrom Wasserstoff oder Methan zu produzieren, die durch die vorhandenen Gasnetze zum Verbraucher gebracht werden. Dann wäre kein Meter zusätzlicher Stromleitung notwendig. Die niedersächsische Polizei solle ihre Fahrzeuge auf Elektroantrieb umstellen.

Die Kosten der geplanten Entwicklung verschweigt Herr Lies. Auch der Korrespondent der Nord-West-Zeitung hält sich in seinem Kommentar "Windräder in der Flaute" [3] bedeckt. Die Fachleute vom Stromverbraucherschutz NAEB haben die Kosten kalkuliert. Die Werte wurden zur besseren Übersicht gerundet.

Windstrom wird für 8 Cent je Kilowattstunde (Ct/kWh) erzeugt. Die Elektrolyse zu Wasserstoff hat einen Wirkungsgrad von 60 Prozent. Von einer Kilowattstunde werden also 0,4 kWh verbraucht. Speicherung und Transport des Gases verschlucken weitere 0,1 kWh. Die Wiedergewinnung von Strom in Gaskraftwerken mit einem Wirkungsgrad von 40 Prozent ergibt einen Ertrag von 0,2 kWh. Es gehen also 80 Prozent des teuren Windstroms verloren.

Der reine Strompreis steigt von 8 Ct/kWh auf 40 Ct/kWh. Dazu kommen die Kosten für die den Gastransport und die Gaskraftwerke und die Elektrolyseanlagen, die besonders teuer sind. Sie müssen riesig dimensioniert sein, um die hohen Leistungen durch Starkwind aufzunehmen.

Solche Wetterlagen gibt es aber nur an wenigen Tagen im Jahr. Die meiste Zeit stehen die Anlagen still. Doch Kapital- und Personalkosten fallen trotzdem an. Der Preis des so gespeicherten Stroms würde ohne Steuern und Verteilerkosten bei mindestens 80 Ct/kWh liegen.

Es müssten viel mehr Windstromanlagen gebaut werden, als bisher geplant, um hohe Speicherverluste auszugleichen. Die Anwohner würden jedoch gegen weitere Windstromanlagen und riesige Elektrolyseanlagen protestieren.

Nachts scheint keine Sonne, die Windgeschwindigkeit schwankt
Die Polizei solle demnächst mit Elektrofahrzeugen ausgestattet werden, die dann natürlich auch mit "grünem" Strom betrieben würden. Nachts und bei Flauten fehlt dann der Strom für einen Einsatz. Bei Unfällen müsste man stundenlang warten, bis die Autobatterie ausreichend für die Fahrstrecke aufgeladen ist, oder die Batterie ist vor Erreichen des Unfallortes leer. Eine Präsenz der Polizei sieht anders aus. Es spielt offensichtlich auch keine Rolle, dass Elektroautos viel teurer sind. Es werden ja nur Steuergelder verschwendet, die von fleißigen Menschen hart erarbeitet worden sind.

Fachkenntnisse werden ignoriert
Olaf Lies ist Elektrotechnik-Ingenieur. Er sollte aufgrund seiner Ausbildung die Energieversorgung mit "grünem" Strom sachlich bewerten können. Er leugnet seine Kenntnisse, um die unsoziale und immer teurere Energiewende durchzusetzen, die den Stromkunden als Heilsbringer angepriesen wird. Die Bundeskanzlerin, die als promovierte Physikerin in die gleiche Kerbe schlägt, ist sicherlich kein gutes Vorbild.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

Quellen:
[1] Ultra Collection / Business / alternative-Y3W15WT7HRUIQZ4K
[2] www.nwzonline.de/wirtschaft/weser-ems/hannover-im-nordwesten-energiewende-in-niedersachsen-umweltminister-lies-sorgt-sich-um-windenergie_a_50,1,3634286283.html
[3] www.nwzonline.de/meinung/oldenburg-nwz-kommentar-zur-windkraft-windraeder-in-der-flaute_a_50,1,3615794207.html

MdL Dr. Christian Blex in NRW zur Kohle-Kommission
14. Juni 2018 | Laien sollen über die Energie-Zukunft Deutschlands entscheiden.
Was würde der Ausstieg technisch bedeuten?
- Vernichtung der Investition in die modernsten Kohlekraftwerke der Welt, alle nach Jahr 2000 gebaut
- Errichtung von ca. 50 GW Gaskraftwerke für ca. 60 Milliarden EUR
- Abhängigkeit der Energieversorgung von russischem Erdgas und der Funktionsfähigkeit von Gas-Pipelines über viele 1000 km (Erdbeben, technische Risiken, Förderfähigkeit)
- Gas ist 3x so teuer wie Kohle
www.youtube.com/watch?v=LCxzRoqhpPA

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild